

Jahreswirtschaftsbericht Indien 2008/9

Teil I – *Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage*

1. Kurzcharakterisierung der Wirtschaft Indiens

Mit 6,7% Wachstum im abgelaufenen Haushaltsjahr 2008/9 (durchschnittlich 8,5% in den letzten 5 Jahren) ist Indien die nach China weltweit am stärksten expandierende Volkswirtschaft. Bei derzeit 1,1 Mrd. Einwohnern wird es bis zur Mitte des Jahrhundert voraussichtlich nicht nur das bevölkerungsreichste Land der Erde sein, sondern auch mit seinem Bruttoinlandsprodukt nach China und USA an dritter Stelle liegen.

Ungeachtet dieses beeindruckenden Wachstums bleibt Indien mit einem durchschnittlichen jährlichen Pro-Kopfeinkommen von nur 793 USD und enormen Defiziten in der sozialen Infrastruktur weiterhin ein Entwicklungsland, in dem 28% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze von 1,25 USD pro Kopf/Tag leben (mehr als 50% von weniger als 2 USD). Auf dem Human Development Index der UNDP verschlechterte sich Indien sogar gegenüber dem Vorjahr von Platz 128 auf 132 von 177 erfassten Staaten. Indien beheimatet zwar weltweit die meisten Millionäre und Milliardäre, liegt bei etlichen Sozialindikatoren aber deutlich unter den Durchschnittswerten von Subsahara-Afrika.

Auch die Hochwachstumsphase der letzten Jahre hat die krassen regionalen Entwicklungsunterschiede auf dem Subkontinent und das Einkommensgefälle zwischen der expandierenden städtischen Mittelschicht und der überwiegend armen Bevölkerung auf dem Lande (wo noch knapp 70% aller Inder leben) keinesfalls verringert. Die erhofften massiven Beschäftigungseffekte des Wachstums sind bislang ebenso ausgeblieben wie nachhaltige Auswirkungen auf die Strukturen der indischen Volkswirtschaft, die sich von denen anderer dynamisch wachsender Schwellenländer z.T. maßgeblich unterscheiden.

Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufstieg Indiens und die Überwindung des trotz anhaltend hoher Geburtenraten lange schwachen Wachstums („Hindu rate of growth“) war die schrittweise Deregulierung und Öffnung der indischen Volkswirtschaft nach der Finanzkrise von 1991. Die Grundrichtung dieser Reformen ist seither von keiner Regierung infrage gestellt worden. Allerdings waren Tempo und Umsetzung der Maßnahmen sehr unterschiedlich. Auch die seit 2004 regierende Congress-Minderheitskoalition unter Premierminister Manmohan Singh hatte Privatisierung, Deregulierung und weltwirtschaftliche Integration des Landes zunächst weiter vorangetrieben: zuletzt erlahmte der Reformeifer jedoch sichtlich, die Regierungskoalition erlitt zwischenzeitlich starke Popularitätseinbußen, darüberhinaus blockierten die die Regierung von außen unterstützenden kommunistischen Parteien energischere Reformschritte. Bei den Wahlen im Mai d.J. konnte die UPA-Regierung dennoch einen klaren Sieg erringen, der es ihr ermöglichen sollte, Reformen wieder voranzutreiben.

2. Struktur der Wirtschaft

Zu den Hauptcharakteristika der indischen Volkswirtschaft gehört das Missverhältnis zwischen BIP- und Beschäftigungsanteil bei Landwirtschaft und Dienstleistungen (mit jeweils umgekehrten Vorzeichen) und eine vergleichsweise geringe Bedeutung der verarbeitenden Industrie. Die überwiegende Mehrheit der indischen Bevölkerung lebt in überkommenen länd-

lich-agraren Strukturen. Der BIP-Anteil der Landwirtschaft sinkt seit Jahren kontinuierlich und beträgt nur noch 18%. Angesichts gravierenden Kapitalmangels, viel zu kleiner Betriebsflächen, stagnierender Erträge und fehlender Absatzstrukturen bleibt der Sektor, von dem weiterhin über die Hälfte aller Inder direkt abhängen (Beschäftigungsanteil 53%), Hauptsorge jeder indischen Regierung. Wachstum und Wohlstand erzeugt hingegen vor allem der Dienstleistungssektor (53% BIP), wovon aber bei einem Beschäftigungsanteil von 25% nur ein relativ kleiner Teil der Bevölkerung profitiert. Die zur Überwindung der Massenarmut notwendige massive Schaffung neuer Arbeitsplätze kann aus Sicht der Regierung am ehesten in der Industrie bzw. im verarbeitenden Gewerbe erfolgen, der BIP-Anteil ist mit 29% (ggü. 26,6% im Vorjahr) aber nur moderat gewachsen.

Ein wesentliches Hindernis für die Ansiedlung neuer Unternehmen ist das verhältnismäßig kleine Reservoir beschäftigungsfähiger Arbeitnehmer. Nur etwa 8% aller Beschäftigten gehören zum organisierten (formellen) Sektor und stehen in geregelten und qualifizierten Arbeitsverhältnissen. Die übrigen 92% der Beschäftigten werden dem unorganisierten (informellen) Sektor zugerechnet. Für sie gelten keine arbeitsrechtlichen Regelungen; sie haben keinen Anspruch auf soziale Leistungen.

Neben der dynamisch expandierenden Privatwirtschaft, deren Investitionen entscheidend zur hohen Gesamtinvestitionsrate von 39% BIP (2007/8) beitragen, bleiben eine Reihe von Sektoren (insb. Öl, Gas, Kohle; Schwerindustrie; Transportwesen, Banken und Versicherungen) weitgehend von öffentlichen Unternehmen unter direkter oder indirekter Kontrolle der Regierung dominiert. Mehrere Anläufe der reformerischen Kräfte in der Regierung, diese unter Nehru und Indira Gandhi herausgebildeten Strukturen wenigstens in kleinen Schritten aufzubrechen, waren in der abgelaufenen Legislaturperiode am Widerstand der Linken oder sonstigen koalitionsären Rücksichtnahmen gescheitert.

Nach den Wahlen vom Mai verfügt die UPA-II-Regierung über ein wesentlich komfortableres Polster und hat bereits zu Beginn rasche Reformen angekündigt. Allerdings haben die kleineren Koalitionsparteien DMK und Trinamool-Kongress Widerstand hinsichtlich des Verkaufs von Anteilen an staatlichen Unternehmen angekündigt.

3. Wirtschaftsklima

Indien bleibt aufgrund der schieren Größe der Volkswirtschaft, der Demographie und des trotz Finanz- und Wirtschaftskrise vergleichsweise hohen Wachstums der nach China wichtigste Zukunftsmarkt. Anders als in China treibt in Indien vor allem die Binnennachfrage die Entwicklung.

Als wesentlicher Grund für die weiterhin mittel- bis längerfristig hohen Wachstumsprognosen wird die sogenannte „Demographische Dividende“ angeführt. Bei langsam nachlassenden Geburtenraten wird der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren bis 2026 dennoch auf 68,4% steigen. Dieses äußerst günstige Generationenverhältnis wird auch längerfristig hohe Sparraten (2007/8 37,7% BIP) ermöglichen, die sowohl privaten Konsum als auch Kapitalinvestitionen in der Wirtschaft finanzieren können. Die dafür nötigen Arbeitsplätze müssen allerdings größtenteils noch geschaffen werden. Ebenso müssen massive öffentliche Investitionen in Bildung, Ausbildung und Gesundheitswesen erfolgen.

Das Bild, das bisher eher vom Paradox steigender Arbeitslosigkeit und sinkender Reallöhne in der breiten Masse einerseits und zunehmender Personalengpässe im qualifizierten und hoch-

qualifizierten Bereich mit entsprechend stark steigenden Personalkosten andererseits geprägt war (in der für den Dienstleistungsexport wichtigen Informationstechnologie durchschnittlichen Lohnsteigerungen zwischen 14 und 17% in den letzten Jahren), hat sich während der auch in Indien spürbaren Finanz- und Wirtschaftskrise geändert. Die Lohnsprünge im IT-Sektor bleiben jetzt aus. Die Beschäftigung hat seit September 2008 zunächst abgenommen und trotz eines Wiederanstiegs seit Anfang 2009 das Niveau vor der Krise noch nicht wieder erreicht. Einer vom Ministry of Labour and Employment in Auftrag gegebenen stichprobenartigen Umfrage zu Folge, gehen die Beschäftigungszahlen langsam, aber kontinuierlich wieder in die Höhe, in den binnenmarktorientierten Sektoren drei Mal so schnell wie in den exportorientierten. Insgesamt geht man derzeit von einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von 6-8% aus.

Nur etwa 5% aller dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Personen verfügen nach Regierungsangaben über eine berufliche Qualifikation; bei den unter 30jährigen haben ganze 2% eine formale Berufsausbildung absolviert. Während derzeit jedes Jahr knapp 13 Mio. Menschen neu auf den Arbeitsmarkt strömen, wird die Zahl der landesweit zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze nur auf 2,5 Mio. beziffert.

Vor diesem Hintergrund hat es sich die Regierung im 11. Fünfjahresplan (2007/8 – 2011/12) zum Ziel gesetzt, die Ausgaben für schulische und berufliche Bildung auf 6% BIP zu verdoppeln. Zugleich wurde die Schaffung einer „National Skills Development Mission“ und die Formulierung einer „National Employment Policy“ beschlossen, um dem Phänomen des „jobless growth“ gezielt zu begegnen. Die Programme haben bislang noch nicht gegriffen. Der Wähler hat die Absichten der Regierung hier jedoch honoriert.

Goldman & Sachs, deren bekannte „BRICS“-Studie 2003 Mitauslöser der weltweiten Indien-Euphorie war, sieht neben schlechter Infrastruktur, ineffizienter Verwaltung und Reformstau die gravierenden Defizite im Bereich Humankapital mittlerweile als größte Gefahr für die Ausschöpfung des indischen Wachstumspotentials. Bei der Suche nach den besten Möglichkeiten zur Verbesserung des Berufsbildungswesens misst die indische Regierung dem deutschen Beispiel eine besonders große Bedeutung bei. Im Zentrum der Beratungen einer deutsch-indischen Arbeitsgruppe „Berufliche Bildung“ steht die Integration des privaten Sektors in die qualitative und quantitative Entwicklung der beruflichen Bildung in Indien.

Die weiterhin stark steigenden Auslandsinvestitionen deuten jedoch auf ein weiter ungebrochenes Vertrauen in den Markt und Standort Indien hin. Nachdem die Auslandsinvestitionen im Haushaltsjahr 2007/8 um 54% auf 25 Mrd. USD angestiegen waren, deutet sich im lfd. Fiskaljahr ein abgeschwächter Anstieg in der Größenordnung von 45% an. Unter Einschluss der reinvestierten inländischen Gewinne summierten sich die ausländischen Direktinvestitionen 2007/8 (neuere Zahlen noch nicht verfügbar) auf knapp 30 Mrd. USD, was 6,4% aller Bruttoinvestitionen und einen BIP-Anteil von etwa 3% entspricht.

Indische Unternehmen werden gleichzeitig auf internationalen Märkten aktiv: indische Direktinvestitionen beliefen sich in der 1. Hälfte 2008/9 auf 9 Mrd. USD (Joint Ventures und Tochterunternehmen); Unternehmenszusammenschlüsse und Übernahmen erfolgten (zwischen Januar und November 2008) i.d.Größenordnung von 32 Mrd. USD.

4. Offenheit gegenüber der Weltwirtschaft

Im Zuge der 1991 eingeleiteten Reformen hat sich Indien zunehmend gegenüber dem Ausland geöffnet. In den meisten Bereichen der Wirtschaft sind mittlerweile ausländische Direktinvestitionen zugelassen; die Obergrenzen für ausländische Beteiligungen wurden entweder ganz abgeschafft oder ausgeweitet. Zu den wenigen Branchen, die für ausländisches Kapital weiterhin komplett gesperrt bleiben, gehören der Einzelhandel, die Landwirtschaft sowie die Handwerksbereiche, die in Indien den „small scale industries“ vorbehalten bleiben (wo auch keine industrielle Massenfertigung zugelassen ist). Starke Begrenzungen für Ausländer bestehen ferner weiterhin z.B. bei Banken und Versicherungen, im Transportwesen, in der Rüstungsindustrie und in Teilen der Energiewirtschaft. Neben einer vermeintlichen Beeinträchtigung der nationalen Sicherheit sind es vor allem sozial- bzw. beschäftigungspolitische Vorbehalte (insb. im linken Spektrum), die einer weiteren Öffnung für ausländische Investoren im Wege stehen. Insgesamt wurden die Verfahren erheblich vereinfacht und gestrafft, um ausländisches Engagement in Indien zu erleichtern. Anstelle der früheren Genehmigungspflicht ist für die Mehrzahl der Sektoren die bloße Anzeigepflicht (sog. „automatic route“) getreten. Die Unionsregierung hat ein Investitionskomitee unter Vorsitz des Premierminister eingerichtet. Zwischen den Bundesstaaten hat sich zum Teil ein reger Wettbewerb um die Ansiedlung ausländischer Unternehmen entwickelt. Die Sektoren mit den höchsten Auslandsinvestitionen seit 1991 waren IT, Elektronik, Dienstleistungen, Transportindustrie (hier vor allem Kfz.) und Energie (2008: Dienstleistungen, IT, Telekommunikation, Bau, Energie, Automobil und Elektro).

Auch im Handel sieht sich Indien auf der Gewinnerseite der Globalisierung. Die weltwirtschaftliche Integration schreitet voran: der BIP-Anteil des Außenhandels hat sich von 22,5 % 2000/1 auf 41% 2007/8 erhöht. Indiens Exporte haben sich im gleichen Zeitraum fast verdreifacht. Sein Anteil am Welthandel erreichte 2006 nach WTO-Angaben ca. 1,2% bei Waren und 2,7% bei Dienstleistungen, wo Indien weltweit bei den Exporten bereits Rang 10 einnimmt und das größte Wachstum aufweist.

Nach vorläufigen Zahlen konnte bei gleichzeitiger Abwertung der Rupie gegenüber dem US-Dollar (um 27% im Zeitraum März 08 bis März 09) der Export im Haushaltsjahr 2008/9 um 6% auf 155 Mrd. USD gesteigert werden, die Importe um 18% auf 269 Mrd. USD. Das wachsende Defizit in der Handels- und der Leistungsbilanz geht hauptsächlich auf die Verteuerung der Ölimporte und die anhaltend starke Nachfrage nach Kapitalgütern zurück.

Obwohl Indien seine angewandten Zölle in den letzten Jahren in der Summe kontinuierlich gesenkt hat, wehrt es sich im WTO-Rahmen weiterhin gegen eine verbindliche Übernahme entsprechender Verpflichtungen. Indien will sich möglichst großen Spielraum bei der Festsetzung der Einfuhr- und Ausfuhrabgaben (z.B. auch bei Stahl, Zement) bzw. -beschränkungen und -verboten (z.B. Reis, Zucker) als Mittel zur Marktregulierung vorbehalten. Die WTO hat in ihrer handelspolitischen Überprüfung Indiens vom Mai 2007 die intransparente und häufig durch diskretionäre politische Eingriffe verzerrte Zoll- und Abgabenstruktur sowie die weite Schere zwischen gebundenen und angewandten Zöllen deutlich als Handelshemmnis kritisiert. Angesichts verschiedenster gegenseitiger Protektionismusvorwürfe im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise dürfte auch die neue Regierung wenig geneigt sein, auf bestehende Hebel zu verzichten.

5. Aktuelle Wirtschaftsentwicklung, konjunkturelle Lage

Nachdem das Ergebnis des Ende März 2009 abgelaufenen Fiskaljahres 2008/9 auf 6,7% Wachstum in der Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise nach unten korrigiert werden musste, gehen die derzeitigen Prognosen für das laufende Jahr von einem weiteren relativ schwachen Wachstum in der Spannweite zwischen 5% (Asiatische Entwicklungsbank) und 6,6 - 7 % (RBI/Regierung) aus. Hier macht sich vor allem der Einbruch der Exportnachfrage bemerkbar. Die Zentralbank hat begünstigt durch die stark rückläufigen Ölpreise ab August 2008 (Höchststand der Inflation von über 12%) ihre Geldpolitik wieder lockern können. Eine Abschwächung des Wachstums wäre jedoch auch ohne die internationale Krise erfolgt: bei weitgehend ausgelasteten Produktionskapazitäten konnten die ungewöhnlich hohen Gewinnmargen der letzten Jahre ohne einen neuen Investitionszyklus nicht gehalten werden. Die durchschnittlichen Nettogewinne der Unternehmen haben mit einem prognostizierten Minuswachstum im abgelaufenen Fiskaljahr einen (voraussichtlich) vorübergehenden Tiefstand erreicht. Damit steht weniger reinvestierbares Eigenkapital zur Verfügung (06/07 + 44%; 07/08 + 26%, 08/09 - 5%).

Auch in den Zeiten hoher Wachstumsraten hatte sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Indiens nicht aus Armut und Unterentwicklung befreien und die Arbeitslosigkeit abschütteln können, die nach den letzten verfügbaren offiziellen Zahlen mit 8,3% angegeben wird, aber schon angesichts der Größe und mangelnden statistischen Erfassbarkeit des „informellen Sektors“ - vorwiegend in der Form der Unterbeschäftigung - sehr viel höher liegen dürfte. Von den offiziellen Zahlen ausgehend, müsste die Beschäftigung jährlich um fast 4% steigen, um das im 11. Fünfjahresplan formulierte Ziel „Arbeit für alle“ bis 2012 zu erreichen. Aber selbst 3% Beschäftigungszuwachs, so die Berechnungen der Planungskommission, würden ein jährliches Wirtschaftswachstum von 9,3% voraussetzen.

Die Inflationsrate hatte im August 2008 den Höchststand seit 10 Jahren von 12,9% erreicht; seither ist sie auf -1,62% (Whole Price Index/WPI) gesunken. Relativierend muss jedoch angemerkt werden, dass der in der Zusammensetzung abweichende Einzelhandelspreisindex (CPI), der die Entwicklung der Lebenshaltungskosten der indischen Bevölkerung besser beschreibt, weiterhin im oberen einstelligen Bereich verharrt.

Der Sensex hatte nach dem Verfall in der Folge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise (starker Rückzug der institutionellen Anleger/FII aus Indien) im Mai mit 12.000 Punkten wieder den Stand vom Oktober 2008 erreicht.

Die Portfolio-Investitionen, die sich 2007 mehr als verdoppelt hatten, entwickeln sich jedoch weiter rückläufig (April bis Dezember 2008: 11,3 Mrd. USD).

Teil II – *Wirtschaftspolitik*

1. Fiskalpolitik

Aufgrund der Wahlen wurde im Februar nur ein Interimshaushalt vorgelegt (regulärer Haushalt wird im Juli verabschiedet). Trotz zahlreicher Spekulationen im Kontext der globalen Wirtschaftskrise, die auch in Indien deutlich Spuren hinterlässt (nach 5 Jahren um die 8,5% Wachstum nun nur noch ca. 6,7% für das lfd. und ca. 6% für das kommende Fiskaljahr), blieb die Regierung den Gepflogenheiten treu, die Ausgaben hauptsächlich auf der Basis bereinigter Zahlen fortzuschreiben. Größere fiskalpolitische Maßnahmen, die Wachstumsanreize hätten setzen können, blieben im Interimshaushalt aus. Die sozialen "Flagschiffprogramme" der UPA-Regierung wie das "National Rural Employment Guarantee Scheme" und die "National Rural Health Mission" wurden jedoch auch mit Blick auf die Wahlen gut bedacht.

Aus dem Haushalt 2008/9 hatte die Regierung zuvor insgesamt drei Stimuluspakete (i.H.v. 3% BIP) finanziert, so dass das HH-Defizit geschätzte 6,5% (gesamtstaatliches Defizit liegt bei ca. 12%) erreichen dürfte. Indiens Kredit-Rating hat sich daraufhin leicht verschlechtert (Niedrigerstufung des "Outlook"-Ratings von Standard & Poor von "stabil" zu "negativ").

Die neue Regierung steht nun vor erheblichen Herausforderungen. Angesichts einer 17% höheren Neuverschuldung im nächsten HH ist derzeit nur die Tatsache tröstlich, dass die Rechnung insbesondere für Dünger- und Rohölsubventionen (ind. Regierung ging von 70 USD pro Barrel aus) zwischenzeitlich wesentlich geringer ausfällt und die Inflationsprognosen einen Rekordniedrigstand erreicht hat (2%).

Haushaltspolitisch verfügt Indien eigentlich über keinen Spielraum mehr, das Wachstum zu fördern, und muss hoffen, dass die bisherigen Maßnahmen Wirkung zeigen.

Trotz des Mottos „Inclusive Growth“ beschränkte sich die Teilhabe am jahrelang hohen Wirtschaftswachstum im wesentlichen auf den städtischen Mittelstand. Die UPA-Regierung hat hier ihre selbst gesetzten Zielen nicht erreicht (z.B. Wachstum in der Landwirtschaft um 4%: derzeit 2,6%,). Da die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung weiterhin auf dem Lande lebt, bleiben die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität sowie die Verbesserung der unterentwickelten ländlichen Infrastruktur Kernanliegen. Die Regierung hat aber in der vergangenen Wahlperiode wichtige Schritte unternommen, um diese ungefähr 800 Millionen Menschen an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes teilhaben zu lassen, und es gibt dabei Anlass zu vorsichtigem Optimismus: mit einem Nationalen Beschäftigungsprogramm für die ländliche Bevölkerung (NREG) beginnt sich die Einkommenssituation der Menschen unterhalb der Armutsgrenze etwas zu verbessern. Messbar ist dies unter anderem am Rückgang der internen Migration, die schon in einigen Landesteilen (z.B. Punjab) zu Verknappungen bei Saisonarbeitnehmern geführt hat. Ein Programm zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung auf dem Land (NRHM) soll das größte Armutsrisiko der ländlichen Bevölkerung eindämmen, nämlich krankheitsbedingte Ausgaben und Einkommensausfälle. Schließlich hat sie mit einem Gesetz über die soziale Sicherung für Beschäftigte im unorganisierten Sektor (Unorganised Workers Social Security Bill) erstmals einen gesetzlich verbrieften Anspruch auf soziale Absicherung in dem bisher weitgehend rechtsfreien Arbeitsmarkt dieses Sektors geschaffen. Es wird von der Umsetzung dieses Gesetzes abhängen, ob auch hier zur Konsolidierung und Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Menschen beigetragen werden kann.

Gleiches gilt für die Schaffung neuer, insb. industrieller Arbeitsplätze sowie die Verbesserung der öffentlichen Schul- und der beruflichen Bildung. Zumindest hier hat die UPA-Regierung auch haushalterische Akzente gesetzt.

Andere Reformen – angemahnt u.a. vom IWF – werden in das Aufgabenheft der neuen Regierung übernommen werden. Die globale Finanzkrise hat den Eifer der Regierung zuletzt sichtbar erlahmen lassen. Fragezeichen sind insbesondere hinsichtlich der weiteren Öffnung des Finanzmarktes angebracht. Strukturreformen wären aber auch bei den beschäftigungsintensiven Dienstleistungsbereichen wie Einzelhandel oder Versicherungswesen und bei der Flexibilisierung des starren industriellen Arbeitsrechts notwendig. Die neue Regierung müsste im Grunde genommen auch den Kraftakt leisten, die wenig zielsicheren hohen direkten Subventionen für Energie, Dünger oder Grundnahrungsmittel zu reduzieren. Neben geldpolitischen Maßnahmen, die die Zentralbank in großem Umfang eingesetzt hat, wären Strukturreformen ein wichtiges Instrument, um Indien wieder auf einen höheren Wachstumspfad zu heben (und eine Verminderung der Armut weiter möglich zu machen).

2. Geldpolitik

Die Geld- und Währungspolitik der *Reserve Bank of India (RBI)* stand 2008/9 vor der Herausforderung, den Umschwung der indischen Wirtschaft von der Hochwachstumsphase der letzten Jahre in eine Phase der Abkühlung mit deutlich reduzierten Wachstumsraten, zeitweise sogar negativem Wachstum bei der Industrieproduktion, durch geeignete geldpolitische Maßnahmen zu unterstützen, um die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf Indien möglichst umfassend abzufedern.

Da das indische Finanzsystem aber nicht an den in westlichen Volkswirtschaften gegebenen Problemen der zu hohen Verschuldung der Finanzinstitute und der Durchsetzung des Bankensystems mit nicht werthaltigen Wertpapieren leidet, konnte sich die RBI auf die eher klassischen Instrumente beschränken. Die noch immer starke Regulierung des indischen Finanzmarktes hatte ein Verbriefungsgeschäft wie in den USA und ein Engagement in solchen Papieren nicht zugelassen. Infolge dessen hat es im Zuge der globalen Finanzkrise in Indien auch keine Bankenrisen, verbunden mit dem Bedarf an entsprechenden Rettungsprogrammen gegeben.

Die Nutzung expansiver geldpolitischer Maßnahmen war grundsätzlich erleichtert durch den sich im Jahresverlauf reduzierenden Preisauftrieb.

Als begrenzender Faktor erwies sich die auch in Indien beobachtete Vertrauenskrise auf den Kapitalmärkten, die den Kreditfluss erheblich verschlechterte und die Wirksamkeit expansiver Geldpolitik reduzierte. Daneben verstärkte sich der Kapitalbedarf der indischen Volkswirtschaft zusätzlich durch die sehr erheblichen Abflüsse ausländischer Finanzinvestitionen, durch die die hohen indischen Währungsreserven zeitweilig um bis zu US\$ 60 Mrd reduziert wurden.

Die indische Zentralbank (RBI) reagierte auf die Kreditklemme mit einer Reihe von geldpolitischen Maßnahmen. Um die Kreditliquidität zu erhöhen und die ökonomische Aktivität zu unterstützen hat die RBI seit Sommer 2008 den Hauptrefinanzierungssatz für Geschäftsbanken um 575 Basispunkte auf 4,75% reduziert (davon 425 Basispunkte seit dem Lehman Brot-

hersch Zusammenbruch). Der Mindestreservesatz, den Geschäftsbanken von ihren Sicht- und Termineinlagen bei der Zentralbank halten müssen wurde im selben Zeitraum um 400 Basispunkte auf 5% reduziert. Die Senkung des Mindestreservesatzes hat prinzipiell das Potential, zusätzliche Liquidität im Wert von Rupies 30.000 Mrd (entspricht ca. 46 Mrd €) im Bankensystem freizusetzen. Außerdem hat die RBI den „reverse repo“ Satz, mit dem Banken Liquidität bei der Zentralbank parken können, auf 3,25% reduziert, um für die Geschäftsbanken das Parken von Liquidität weniger attraktiv zu machen. Darüber hinaus wurde der Satz, zu dem Banken entsprechend ihrer Verbindlichkeiten Aktiva mit höchster Bonität (im wesentlichen staatliche Schuldverschreibungen) halten müssen, zur weiteren expansiven Unterstützung auf ein Niveau von 24% gesenkt.

Die Maßnahmen der Zentralbank waren zunächst mit eingeschränktem Erfolg verbunden. Durch das gesunkene Vertrauen wurde das durch die Senkung der Mindestreserve frei werdende Volumen nur zögerlich für die Kreditvergabe genutzt und trotz der relativ aggressiven Zinssenkungspolitik kam eine Wiederbelebung des Kreditmarktes nur schleppend in Gang. Der immense Abfluss von ausländischem Kapital konnte durch eine adäquate inländische Kreditausweitung nur nach und nach kompensiert werden. Mittlerweile hat jedoch eine Entspannung an den Kreditmärkten eingesetzt, was trotz eines relativ hohen Angebots an neuen staatlichen Schuldverschreibungen zum Sinken der Kreditzinsen geführt hat.

Nachdem die wirtschaftliche Kehrtwende immer mehr erwartet wird, kommen aus der RBI zumindest für die mittlere Frist bereits erste Signale für eine Abkehr von der expansiven Geldpolitik aufgrund erwarteter Preisrisiken.

Inwieweit weitere umfassende Maßnahmen zur Öffnung des indischen Finanzmarktes in Zukunft zu erwarten sind, ist im gegenwärtigen Umfeld schwer absehbar. Äußerungen aus der Zentralbank weisen darauf, dass eine weitere Liberalisierung für Indien langfristig ohne Alternative ist. In der diesjährigen Erklärung zur Politik RBI sind jedoch diesbezüglich kaum Anhaltspunkte zu finden.

3. Strukturpolitik

Das anhaltende kräftige Wachstum der letzten Jahre hat die bestehenden sozialen, sektoralen und regionalen Ungleichgewichte stärker hervortreten lassen und das Bewusstsein für die strukturellen Defizite der indischen Volkswirtschaft geschärft. Die im 11. Fünfjahresplan enthaltenen strukturpolitischen Akzente der Regierung zielen darauf ab, diese Ungleichgewichte abzubauen und ein hohes Wachstum auf breiter Basis zu verstetigen, das alle Bevölkerungsschichten und alle Wirtschaftsbereiche einschließt.

Ein Kardinalproblem bleibt die rückständige Landwirtschaft mit ihren stagnierenden Erträgen, die ungeachtet ihres kontinuierlich rückläufigen BIP-Anteils für die überwiegende Mehrheit der ungelerten Arbeitskräfte weiterhin die einzige Erwerbsquelle darstellt. Neben einer höheren Produktivität der Landwirtschaft sollen die verschiedenen zentralstaatlichen Großprogramme („flagship programmes“) zur ländlichen Entwicklung (Straßenbau, Elektrifizierung, Wasserversorgung/Bewässerung, Schul- und Gesundheitswesen usw.), welche die investive Seite des Budgets bestimmen, die Voraussetzungen für die dringend benötigten nicht-agraren Erwerbsmöglichkeiten auf dem Lande schaffen. Für die unter dem ländlichen Entwicklungsplan „Bharat Nirman“ zusammengefassten Maßnahmen sind im Haushalt 2007/8 Mittel in

Höhe von umgerechnet ca. 3,7 Mrd. € bereitgestellt, was einer Steigerung von 31,6 % gegenüber dem Vorjahresansatz entspricht.

Weiterer strukturpolitischer Schwerpunkt ist die Schaffung industrieller Arbeitsplätze. Dazu will die Regierung noch in diesem Sommer eine „Manufacturing Policy“ verabschieden, die zu einer Verstetigung des Wachstums des verarbeitenden Gewerbes in der Größenordnung von 12-14% führen soll. Gegenwärtig trägt dieses nur ca. 15% zum BIP bei – nach Ansicht der Regierung bräuchte Indien aber einen Anteil von 35%, auch um einer zunehmenden Importabhängigkeit bei Konsumgütern vorzubeugen.

Alle Prognosen sehen in den gravierenden Infrastrukturdefiziten ein Haupthindernis für die längerfristige Fortschreibung der hohen Wachstumsraten. Der von der Regierung für den lfd. Fünfjahresplan hier errechnete Kapitalbedarf wurde wiederholt nach oben korrigiert und inzwischen auf beeindruckende 500 Mrd. USD beziffert, d.h. auf 100 Mrd. USD pro Haushaltsjahr, von denen jeweils 30 Mrd. von privaten Investoren im Rahmen von „Public Private Partnerships“ (PPP) aufzubringen wären. Der aktuelle Haushalt gibt allerdings keinen Aufschluss, wo die von öffentlicher Seite zu finanzierenden 70 Mrd. herkommen sollen. Ohne eine Liberalisierung des Kapitalmarkts und eine Mobilisierung von Pensions- und Versicherungsfonds in die Infrastrukturfinanzierung werden diese ehrgeizigen Planziele kaum zu erreichen sein.

4. Außenwirtschaftspolitik

Das Exportwachstum wird für das Haushaltsjahr 2008/9 deutlich schwächer als in den Vorjahren ausfallen (seit 2005 Zunahme von jeweils über 20%, 2008/9 nur noch 7-8%). Auch der Zuwachs der Importe dürfte unter den Vorjahreswerten liegen. Dennoch bleibt die Regierung zuversichtlich, mittelfristig den noch sehr geringen ind. Anteil am Welthandel weiter kontinuierlich auszubauen und die Integration des Landes in die Weltwirtschaft zu vertiefen. Angesichts der gegenwärtigen Schwäche des bislang wichtigsten Handelspartners USA dürfte sich die Dynamik des außenwirtschaftlichen Wachstums künftig noch mehr auf den asiatischen Raum verlagern – schon jetzt verzeichnet der indische Handel mit China und mit ASEAN die stärksten Zuwachsraten.

Der Stillstand im Rahmen der WTO sollte eigentlich die Bedeutung der im Juni 2007 begonnenen Verhandlungen zwischen EU und Indien über ein umfassendes Freihandels- und Investitionsabkommen erhöhen. Indien ist der einzige große Markt in Asien, wo die EU (ggü. USA, China und Japan) noch an erster Stelle liegt. Der Verhandlungsprozess schreitet jedoch wesentlich langsamer als gedacht voran.

Für die EU wichtige Abkommensbestandteile wie öffentliche Ausschreibungen werden weiterhin nicht akzeptiert. Auch die erst im April 2008 vorgelegte umfangreiche ind. Negativliste mit den Schwerpunkten Agrarprodukte, Textilien sowie KFZ und -komponenten ignoriert z.T. zentrale europäische Handelsinteressen und lässt einen baldigen Abschluss wenig wahrscheinlich erscheinen.

Deutschland hat als wichtigster indischer Handelspartner innerhalb der EU mit einem Gesamtvolumen von gut 13,4 Mrd. Euro ein erhebliches Interesse, durch das Abkommen künftig seine Wettbewerbsfähigkeit insbesondere gegenüber der japanischen und koreanischen Konkurrenz wahren zu können. Mit dem Exportschwerpunkt Maschinen und Anlagen nimmt

Deutschland als Lieferant gegenwärtig den 6. Platz ein; als Abnehmer indischer Waren steht es an 7. Stelle.

Aufgrund der aufgewerteten Rupie wurde das von der Regierung für 2007/8 gesetzte Exportziel von 160 Mrd. USD mit 155 Mrd. knapp verfehlt. Auf Dollar-Basis bedeutete dies eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 23 %; auf Rupie-Basis waren es hingegen nur 9,4%.

Die gezielte Stärkung der Exportleistung durch eine Diversifizierung der Warenstrukturen hin zu höher veredelten Produkten sowie durch gezielte Exportförderprogramme für einzelne Branchen wie Textilindustrie, KFZ-Komponenten oder IT-Dienstleistungen ist ein zentrales Element in den Bemühungen der Regierung um die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Diesem Ziel dient auch die seit 2005 gesetzlich geregelte Einrichtung von steuer- und zollrechtlich begünstigten Sonderwirtschaftszonen (SEZ). Allerdings hat die Zentralregierung den Bestrebungen mehrerer Bundesstaaten, das der Ansiedlung von beschäftigungsintensiven Branchen im Wege stehende industrielle Arbeitsrecht in ihren SEZ auszusetzen, im Mai 2008 eine klare Abfuhr erteilt. Ferner haben mehrere gewalthaft eskalierte Konflikte mit der Landbevölkerung über die Überlassung von zuvor landwirtschaftlich genutzten Flächen für größere Industrie-Projekte sowohl bei der Politik als auch bei den Investoren einstweilen für größere Zurückhaltung hinsichtlich der Beantragung und Genehmigung neuer Sonderwirtschaftszonen gesorgt. Die Regierung hat eine umfassende Überprüfung der rechtlichen Grundlagen und der Ausführungsbestimmungen angekündigt.

Bei den Auseinandersetzungen um einen Abschluß der Doha-Runde der WTO nimmt Indien weiterhin eine Schlüsselrolle ein, auch wenn es die Versuche einer Annäherung der Positionen der Industrie- und der Schwellenländer über die Gespräche im G4-Format im Sommer 2008 selbst platzen ließ. Generell hat die ind. Verhandlungsführung bislang kaum eigene konstruktive Beiträge für eine Überbrückung der Gegensätze geliefert, sondern vor allem die eigenen politischen Sachzwänge (Schutz von Millionen von Subsistenzbauern sowie von „infant industries“) betont und substantielle Zugeständnisse der USA und der EU als Voraussetzung für die eigene Marktöffnung eingefordert.

Parallel zu den WTO-Verhandlungen hat Indien in den letzten Jahren den Abschluss bilateraler und multilateraler Freihandels- und Kooperationsabkommen mit seinen wichtigsten Handelspartnern vorangetrieben. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem Großraum Asien-Pazifik, der bereits gut die Hälfte der indischen Exporte aufnimmt. Im Rahmen dieser noch auf die Vorgängerregierung zurückgehenden und von PM Singh bekräftigten „Look-East“-Politik wurden mit Sri Lanka, Thailand und Singapur bereits Freihandelsabkommen abgeschlossen und (partiell) in Kraft gesetzt. Die im Rahmen der südasiatischen Regionalorganisation SAARC formal am 01.01.2007 in Kraft getretene südasiatische Freihandelszone SAFTA hingegen entfaltete wegen indisch-pakistanischer Spannungen (Pakistan verweigert ind. Einfuhren die Meistbegünstigung) bislang kaum Wirkung. Mit der Zeichnung des ASEAN-Abkommens wird nun für August gerechnet.

Auch mit Japan und Korea, beide wichtige Herkunftsländer für Investitionen, verhandelt Indien nunmehr über Freihandelsabkommen; gegenüber dem Drängen Chinas auf gegenseitige Marktöffnung bestehen hingegen noch erhebliche Vorbehalte, da man eine Überflutung mit industrieller Massenware zu Dumpingpreisen befürchtet. Misstrauen und Konkurrenzdenken prägen insb. die Bereiche Energie und Rohstoffe. Beide Länder sind angesichts des starken Wachstums auf Importe angewiesen. Ind. Unternehmen sind bei der Lizenzvergabe für die Erschließung neuer Öl- und Gasvorkommen (Kasachstan, Sudan, Libyen, Nigeria) oder dem

Abschluss langfristiger Lieferverträge (Myanmar) gegenüber der chinesischen Konkurrenz nicht im gleichen Ausmaß zum Zuge gekommen. Auch das Gaspipelineprojekt mit Iran und Pakistan ist noch nicht unter Dach und Fach.

5. Ausblick

Die Indien-Euphorie der letzten Jahre hat sich aufgrund der Reformblockade der UPA-I-Regierung und den Folgen der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise etwas abgeschwächt. PM Singh zeigte sich zu Amtsantritt jedoch zuversichtlich, Indien bald wieder auf einen Wachstumspfad in der Größenordnung von 9% zu bringen.

Ob die im 11. Fünfjahresplan formulierten Wachstums- und Beschäftigungsziele tatsächlich erreicht werden und die „demographische Dividende“ eingelöst werden kann, wird sich in der kommenden Legislaturperiode entscheiden. Die politischen Voraussetzungen sind besser als zu Beginn der vergangenen Wahlperiode. Bei der Vergabe der Kabinettposten hat PM Singh vieles richtig gemacht und überwiegend überzeugende Besetzungen gewählt. Die ind. Regierung wird weiterhin das Augenmerk auf die sozialen Sektoren setzen und in Maßen reformieren. Indien wird mit seinen komparativen Kostenvorteilen und seinem riesigen Binnenmarkt in jedem Fall ein für ausländische Investitionen hochattraktiver Markt bleiben. Der Subkontinent steht vor großen Herausforderungen insb. im Bereich der „governance“ (einschl. Bürokratieabbau): nur deren Bewältigung wird es Indien ermöglichen, sein Potential voll zu entfalten und den Weg zur wirtschaftlichen Großmacht des 21. Jahrhunderts weiterzugehen.

Wirtschaftsdatenblatt Indien

Berichtsjahr: 2008-2009 (1. April-31. März)

Stand: **Juni 2009**

INDIEN/Republic of India	2007/08	2008/09 (vorl.)
Bevölkerung im Mio.	1138	1154
Bruttoinlandsprodukt (BIP) insgesamt zu Marktpreisen	984 Mrd. USD 738 Mrd. EUR	1028 Mrd. USD 771 Mrd. EUR
Bruttoinlandsprodukt (BIP) insgesamt (in Preisen von 1999-2000) (Die prozentualen Wachstumsraten beziehen sich auf die Zahlen in indischen Rupees.)	709 Mrd. USD 532 Mrd. EUR	696 Mrd. USD 522 Mrd. EUR
Reales Wachstum in v.H.(zu Marktpreisen) Reales Wachstum in v.H.(in Preisen von 1999-2000) (Die prozentualen Wachstumsraten beziehen sich auf die Zahlen in indischen Rupees.)	14,4% 9,1	14,2% 6,7
BIP/Kopf (Zu Marktpreisen)	693 USD 520 EUR	781 USD(+12,6%) 586 EUR
Preissteigerungsrate	4,4%	8,8% (IMF) 7-8% (RBI)
Umfang Staatshaushalt in % des BIP	16%	18%
Saldo Staatshaushalt in % des BIP (Haushaltsdefizit auf Unionsebene)	2,5%	6%
<u>Außenwirtschaft</u>		
Export	163 Mrd. USD (+29%)	169 Mrd. USD (+3,4%)
Import	252 Mrd. USD (+36%)	288 Mrd. USD (+14,3%)
Saldo Leistungsbilanz	-89 Mrd. USD	-119 Mrd. USD
Stand Internationaler Verschuldung	225 Mrd. USD	231 Mrd. USD

		(Ende Dez.08)
Währungsreserven	253 Mrd. USD (10.04.2009)	
Schuldendienst in % des BIP	4,80%	5,3% (Ende Dez. 08)
<u>Bilaterale Beziehungen</u>	2007	2008
Export nach Deutschland	4746,2 Mio. EUR	5252,5 Mio. EUR
Import aus Deutschland	7339,1 Mio. EUR	8154,7 Mio. EUR
Außenhandel mit EU		
EU Exporte nach Indien	29,49 Mrd. EUR	31,53 Mrd. EUR
EU Importe aus Indien	26,61 Mrd. EUR	29,39 Mrd. EUR
Akkumulierter Bestand (zugeflossener) deutscher Direktinvestitionen im Gastland	2700 Mio. USD/1856 Mio. EUR (August 1991-Februar 2009)	
	2007-08	2008-09
Nettozufluss deutscher Direktinvestitionen	514 Mio. USD 305 Mio. EUR	619 Mio. USD 421 Mio. EUR (Apr.08-Feb. 09)
Investitionsschutzabkommen vom	05.06.1997 in Kraft	
Doppelbesteuerungsabkommen vom	19.12.1996 in Kraft	
Den Zahlenangaben liegen folgende Umrechnungskurse zugrunde: Ind.Rs./USD: 48 und Ind. Rs./EUR: 64		